

Sie haben die Sorge, der Justizbeauftragte könnte zu schlecht weggekommen sein. – Nein, wir haben die Aufgaben, die er bisher mit erledigt hat, die wissenschaftlichen Untersuchungen, auf den Kriminologischen Dienst verlagert, diesen dafür verstärkt, und er soll jetzt diese Arbeit leisten.

Die Fachgruppe „Vollzug“ ist auch die Fortführung eines Gedankens, den mein Vorgänger schon hatte. Wir werden ihn auf die Beine stellen, und wir werden weiter machen.

Bei der E-Akte haben Sie allerdings recht. Das wird nach wie vor eine große Baustelle sein, an der wir aber gemeinsam arbeiten werden. Vielleicht haben wir im nächsten Jahr auch noch die Notwendigkeit, intensiv darüber nachzudenken und gemeinsam zu erarbeiten, wie wir den Weg des elektronischen Rechtsverkehrs schaffen. Deutschlandweit zeigen sich dabei überall die gleichen Herausforderungen, und beides wird erhebliche Auswirkungen auf die gewohnten Arbeitsabläufe mit sich bringen.

Ich möchte aber gerne noch eine Situation ansprechen, die eben beiläufig geschildert wurde. Bei der zweisprachigen Bezeichnung auf Ortstafeln kam in diesem Raum die Rede darauf: Mein Gott, der spinnt und will Verfahren in Englisch haben.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Justizstandort, der im Augenblick europaweit Geltung hat. Wenn wir diesen Vorteil und die Chancen, die uns der Brexit liefert,

(Zuruf von der SPD: Und die Amtssprache wird jetzt Platt, oder was wollen Sie uns erzählen? – Gegenruf von der CDU)

Großverfahren auch nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen, nutzen wollen, werden wir uns fragen müssen, was dazu notwendig ist. Wir haben gute Gerichte und gute Richter. Die Unternehmen, die diese Verfahren führen, haben als Geschäftssprache aber englisch und sind nicht gewohnt, vor Gericht auf Deutsch verhandeln zu müssen. Sie gehen dann lieber nach Paris oder nach Amsterdam; beide Länder bemühen sich, hier Angebote zu schaffen.

Wir haben daher die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, ob wir international unsere Rolle behalten wollen; dann werden wir diesen Schritt gehen müssen. Wollen wir ihn nicht gehen, weil wir sagen, bei uns gibt es kein Englisch vor Gericht, dann müssen wir uns damit beschäftigen,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

dass die ganzen Chancen, die wir hätten nutzen können, dann verloren sind.

Wir werden demnächst eine europäische Patentkammer hinbekommen. Wir arbeiten daran, den Europäischen Staatsanwalt mit einem Delegierten nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Das alles sind

die Schritte in den nächsten Jahren und die Herausforderungen, die auf uns zukommen.

Ich wünsche mir, dass die Opposition darüber nachdenkt, ob sie nicht doch sagt: Da passiert so viel Gutes, da stimmen wir heute zu. – Wenn nicht, lassen Sie uns im Gespräch bleiben, um die Herausforderungen künftig einmal gemeinsam zu besprechen.

Herr Röckemann, wenn Sie weiterhin so agieren wie heute – es ist alles fürchterlich und viel zu wenig –, dann wundern Sie sich nicht, wenn wir Sie in dieser Diskussion nicht ernst nehmen können.

Ich wünsche mir ein breites Votum für den Haushalt. Wir werden die Herausforderungen annehmen. Wir werden sie im nächsten Jahr massiv angehen und, denke ich, auch lösen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich kann deshalb die Aussprache zum Einzelplan 04 an dieser Stelle schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1504, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Wir stimmen deshalb über den Einzelplan 04 ab. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. – Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 03 Ministerium des Innern**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1503

### **Änderungsantrag**

der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1543

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganzke hat für die SPD-Fraktion das Wort.

**Hartmut Ganzke** (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier auf der Tribüne! Was tun wir hier heute? – Nachdem wir den Einzelplan für

die Justiz diskutiert haben, diskutieren wir jetzt den Haushalt, den Einzelplan des Ministeriums des Innern.

Was umfasst dieser Haushalt – Klammer auf – noch – Klammer zu –, nachdem die Zuständigkeit für Kommunales verloren ging und nunmehr im Heimatministerium angedockt ist, nachdem die Zuständigkeit für Angelegenheiten der Flüchtlinge zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gegangen ist und nachdem die Fragen der inneren Sicherheit und – man höre genau hin, auch die sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne – nunmehr zur Staatskanzlei abgeordnet worden sind? Über was für einen Haushalt diskutieren wir heute eigentlich? Was hat der Minister des Innern in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch zu verantworten?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort lautet: Er hat im Bereich des Innern leider nicht mehr viel zu verantworten. Gelinde ausgedrückt und auf den Punkt gebracht diskutieren wir heute den Haushalt eines reinen Blaulichtministeriums, eines Ministeriums für Polizei und auch für ein bisschen Feuerwehr.

Ich will daran anschließen, was die Vorrednerinnen und Vorredner gerade gesagt haben; ich denke, das gehört dazu: Natürlich befinden sich in diesem Haushalt mehr Stellen für Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter. Es befinden sich in diesem Haushalt Stellen dafür, dass Menschen dafür ausgebildet werden können, unsere innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen – in einer Anzahl, die wir als SPD vorgesehen hatten, die nun in diesem Haushalt enthalten ist.

Es sind auch zusätzliche Stellen im Bereich des Verfassungsschutzes in diesen Haushalt aufgenommen worden – auch das wie von der Vorgängerregierung geplant. Hier sind Stellen eingerichtet worden.

Positiv ist ebenfalls, Herr Minister des Innern, dass Sie Projekte, die im Vorfeld angefangen worden sind wie „Kurve kriegen“ oder „Wegweiser“ oder auch die gemeinsamen Häuser des Jugendrechts, fortführen werden. Als SPD-Fraktion sagen wir: So weit, so gut.

Was aber nicht so gut ist – das sagen wir in der Offenheit, die sein muss, Herr Minister –, ist unter anderem Ihre groß angekündigte neue Sicherheitspartnerschaft in Nordrhein-Westfalen mit Taxi- und Güterverkehrsunternehmen, mit Transportunternehmen. Sie wollten diese neue Sicherheitspartnerschaft installieren. Ich sage Ihnen als Jurist: Ich glaube, Ihr Versuch war ein untauglicher Versuch, der mindestens schon im Versuchsstadium stecken geblieben ist. Das wussten auch die Anwesenden und die aufmerksamen Leserinnen und Leser der Zeitungen: Es war auch vorher schon möglich, die 110 anzurufen. Dafür brauchte man diese neue Sicherheitspartnerschaft nicht.

Das andere hat mich etwas verwundert, nachdem wir Sie im Ausschuss sehr ernst genommen haben, Herr Minister. Sie haben uns geradezu angefleht: Wenn Sie eine Möglichkeit finden, in den parlamentarischen Gremien den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen, dann geben Sie mir die Möglichkeit.

Wir als SPD-Fraktion haben einen Änderungsantrag eingebracht, um gerade in diesem Bereich der Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren 500.000 € draufzulegen. Da waren es aber Ihre Koalitionsfraktionskolleginnen und -kollegen, die bei diesem Ansinnen nicht mitgemacht und dagegen gestimmt haben. Das bedeutet, dass die 500.000 € jedenfalls nicht für die Freiwilligen Feuerwehren eingestellt werden konnten.

Zum Schluss will ich noch sagen, Herr Minister des Innern: Für uns als Opposition wird im Jahr 2018 die Frage spannend werden, wer parteiintern den CDU-Kampf gewinnen wird, wer den Hut bei der inneren Sicherheit auf hat. Wird das Herr Bosbach sein, der sich laut Presseberichten sehr intensiv freut, uns in Nordrhein-Westfalen ab 2018 anzusagen, wohin die sicherheitstechnische Reise geht? Oder wird es der Chef der Staatskanzlei sein, der die sogenannte Bosbach-Kommission in seinem Zuständigkeitsbereich angesiedelt hat? Oder wird es vielleicht der Minister des Innern sein? Herr Reul, werden Sie es sein?

Auch hier ist noch überhaupt nicht klar, wie diese Bosbach-Kommission bei uns im Parlament angedockt werden soll. Das hat uns der Chef der Staatskanzlei gesagt. Die Arbeitshinweise, die uns gegeben wurden, sehen nur vor, dass die Bosbach-Kommission ihre Erkenntnisse dem Ministerpräsidenten und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten als Bericht übergeben wird und nicht dem Minister des Innern.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Es wird außerdem noch mitgeteilt, dass das Parlament und die Öffentlichkeit zu gegebener Zeit unterrichtet werden. Wir werden ganz genau hinsehen, inwieweit Sie, Herr Minister des Innern, noch einen Hut aufhaben.

Die Entscheidung über einen Haushalt ist immer auch eine Entscheidung darüber, ob der Weg richtig ist.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Hartmut Ganzke (SPD):** Wir als SPD-Fraktion finden aus den vorgelegten Gründen: Der Weg ist nicht richtig. Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen. – Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Katzidis das Wort.

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Strotebeck von der AfD, Sie haben heute Morgen davon gesprochen, dass Sie als AfD alle Anträge, Gesetzentwürfe und andere Sachen konstruktiv begleiten. – Was für Sie „konstruktiv begleiten“ heißt, nenne ich Populismus.

(Helmut Seifen [AfD]: Was?)

– Hören Sie zu! Ich erkläre es Ihnen gerne sehr konkret.

Sie haben weiter gesagt, dass wir Ihre Anträge nicht einmal lesen würden. – Gerade weil ich Ihren Änderungsantrag zum Haushaltsplan 03 gelesen habe, komme ich zu dieser Auffassung. Sie wollen eine Erhöhung des Baransatzes um 3,6 Millionen € mit der Begründung, jedem Bereitschaftspolizisten eine Zulage von 100 € monatlich zu zahlen. Das passt überhaupt nicht zusammen. Das spricht für mich dafür, dass Sie noch nicht einmal wissen, wie viele Bereitschaftspolizisten es in Nordrhein-Westfalen gibt.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Deswegen ist das ein rein populistischer Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie reden davon, dass die Erhöhung der Anwärterzahlen der Bundesregierung oder der Bundeskanzlerin zuzuschreiben ist. – Auch das zeigt, dass Sie überhaupt keine Ahnung von den Pensionswellen haben, die wir noch zu erwarten haben. Im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2012 stand schon, was wir zu erwarten haben, nämlich ca. 2.000 pro Jahr. Insofern ist es die logische Konsequenz, dass die Einstellungszahlen entsprechend erhöht werden, um dann auch den Studienabbrechern Rechnung zu tragen. Es ist also nicht der Bundesregierung zuzuschreiben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Markus Wagner [AfD]: Der Politik!)

Herr Ganzke hat gerade schon die positiven Sachen des Haushaltes herausgestellt. Vielen Dank, Herr Ganzke, dann muss ich das nicht mehr machen. Bei den negativen Dingen haben Sie auf alles andere abgestellt, was nichts mit dem Haushalt zu tun hat. Das nehme ich einfach so zur Kenntnis.

Um das eine oder andere noch einmal deutlich zu machen: Wir haben neben der personellen Situation, die heute Morgen schon vielfach Gegenstand der Debatten gewesen ist, noch andere Sachen auf den Weg gebracht. Wir haben vor allen Dingen auch in zwei anderen Bereichen große Baustellen, um die wir uns kümmern müssen.

Dabei handelt es sich einmal um die technische Ausstattung der Polizei in Nordrhein-Westfalen, die bei der Arbeitszeiterfassung anfängt und bei Tablets in Streifenwagen weitergeht, von denen wir festgestellt haben, dass sie überhaupt nicht funktionieren und wir einen großen Nachholbedarf haben, um überhaupt die Polizistinnen und Polizisten im Streifen dienst modern auszustatten, die im Jahr 2017 in weiten Teilen immer noch Notizblöcke benutzen. Auch da haben wir einen sehr großen Nachholbedarf. Das werden wir jetzt auch angehen.

Zum anderen geht es um die Liegenschaften. Auch auf diesem Gebiet gibt es einen großen Investitionsstau; das ist auch schon durch die Medien gegangen. Mit dem Haushaltsplan 2018 werden wir insoweit nachsteuern und mehr investieren, als das früher der Fall war.

An diesen Stellen wird schon jetzt sehr deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die innere Sicherheit mit dem Nachtragshaushalt 2017, in besonderem Maße aber mit dem Haushaltsplan 2018 in Nordrhein-Westfalen endlich wieder Priorität genießt. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Zeichen.

(Beifall von der CDU)

Neben der enormen personellen Verstärkung – es wird hier immer nur von Anwärterstellen gesprochen – haben wir auch anderes wieder rückgängig gemacht. Wir haben die kw-Vermerke bei künftig wegfallenden Stellen gestrichen, einmal bei 395 Stellen und einmal bei 350 Stellen, sodass auf diese Weise mehr als 700 Stellen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben. Das ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiges Signal.

Darüber hinaus werden wir nicht nur im Bereich Polizei Verstärkungen herbeiführen. Eben ist in einem Halbsatz angeklungen, Feuerwehr und Feuerschutz würden überhaupt keine Rolle mehr spielen. Doch, auch das spielt noch eine Rolle.

Lieber Kollege Ganzke, ich finde es gar nicht so schlimm. Wir können sicherlich über die Zuständigkeiten der Ministerien debattieren und streiten. Aber eine Konzentration gerade auf diesen wichtigen Bereich der inneren Sicherheit, der uns alle umtreibt, ist sicherlich zielführend, wenn man sich auf das konzentriert, was die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen umtreibt. Insofern finde ich persönlich es genau richtig, dass Minister Reul dort den Schwerpunkt seiner Arbeit hat und auf diesem Gebiet für Nordrhein-Westfalen einiges bewegt wird. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall von der CDU)

Auch beim Feuerschutz und bei der Hilfeleistung werden wir 13,8 Millionen € mehr als im Vorjahr investieren. Der Großteil der Mittel ist für Landeszu-

schüsse an die Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung vorgesehen. Auch die Ausgaben für die Aufklärung im Feuer- und Katastrophenschutz steigen um 1,2 Millionen €. Das Institut der Feuerwehr bekommt mehr Stellen. Wir tun also auch in diesem Bereich etwas.

Insofern kann es nur die logische Konsequenz sein, dass die Opposition genau das zur Abwechslung auch einmal positiv hervorhebt. Es ist auch sehr erfreulich, dass das in der Sache so geteilt wird.

Ich glaube, wir sind mit dem Einzelplan 03 des Innenministeriums im Haushaltsplan 2018 sehr gut aufgestellt. Es ist ein deutliches Zeichen insbesondere in das Land Nordrhein-Westfalen hinein, in die Polizei, die Feuerwehr und die Katastrophenschutzorganisationen hinein, dass wir hier eine klare Priorität setzen.

Deswegen werden wir den Änderungsantrag der AfD ablehnen und unserem natürlich zustimmen. – Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Katzidis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte ist immer auch eine Generaldebatte. Sie ist Anlass, Bilanz zu ziehen. Was ist denn die Bilanz von Herbert Reul und der Innenpolitiker von CDU und FDP? Unter dem Strich, muss man, glaube ich, sagen, ist von dem, was Sie im Wahlkampf versprochen haben, nicht wirklich viel übrig geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Ich nenne als Stichwort nur die Bosbach-Baum-Kommission. Nicht nur dass sie drei Monate später eingerichtet wurde als versprochen, ganz zu schweigen davon, dass sie auch erst im nächsten Jahr anfangen wird zu tagen: die Bosbach-Baum-Kommission ist keine Bosbach-Baum-Kommission mehr, sie ist eine Bosbach-Kommission. Sie ist entsprechend zusammengeschrumpft. Herr Lürbke, ich schaue Sie einmal direkt an: Ich weiß, für den kleineren Koalitionspartner ist es nicht immer ganz einfach. Aber so hätten wir Grüne uns nicht über den Tisch ziehen lassen, wie die FDP das hier mit sich hat machen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und der FDP – Daniel Sieveke [CDU]: Nein, nein!)

Ich bin sehr gespannt, ob der Aspekt der Freiheitsrechte und der Bürgerrechte überhaupt noch Thema

in dieser Kommission sein wird. Ich glaube, das wird nicht der Fall sein.

(Gregor Golland [CDU]: Sicherheit ist ein Bürgerrecht!)

Absurd ist auch, wir haben jetzt hier eine Sicherheitskommission und dort einen Innenminister. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Absurder kann es aus meiner Sicht überhaupt nicht sein.

Wo ich gerade beim Thema „Aktionismus“ bin: Im Wahlkampf haben CDU und FDP über unsere angeblich aktionistische Politik geschimpft. Aber was macht jetzt ein Herr Reul? – Er macht schöne Bilder mit Taxi-Unternehmern, mit Raststättenbetreibern. Ich glaube, das brauche ich gar nicht weiter zu kommentieren. Ich meine, die Kommentarlage in den Medien war eindeutig, dass es an Aktionismus nicht mehr zu überbieten ist. Die 110 konnte auch vorher schon jeder wählen. Dafür brauchten wir keine Vereinbarungen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aber ich will auf den eigentlichen Haushalt zu sprechen kommen. Ja, es ist richtig, dass Sie mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen und die Zahl der Kommissaranwärterstellen erhöht haben. Das begrüße ich ausdrücklich. Das haben wir auch alle im Wahlkampf gefordert. Aber auch das muss man sich noch einmal genauer angucken. Bei wem stand es denn in den Programmen und in den entsprechenden Erklärungen vor der Wahl? – Bei der CDU nicht. Insofern ist die Erhöhung der Zahl der Stellen bei der Polizei nicht wirklich Ihr Verdienst.

(Daniel Sieveke [CDU]: Bitte? – Zurufe und Widerspruch von der CDU)

In jeder Koalition, egal ob es eine große Koalition gegeben hätte oder Schwarz-Grün oder Jamaika oder was auch immer man sich vorstellen kann, überall

(Anhaltende Unruhe bei der CDU – Glocke)

– vielen Dank –, egal in welcher Koalitionskonstellation hätte es mehr Stellen und hätte es die 2.300 Stellen gegeben. Das ist auch richtig so, aber es ist eben nicht Ihr Verdienst.

(Beifall von den GRÜNEN – Daniel Sieveke [CDU]: Sie hatten sieben Jahre Zeit!)

– Herr Sieveke, bevor Sie sich zu sehr aufregen, hier noch ein kleines Lob. Das muss ja auch einmal sein. Ich finde es gut, dass Sie die Präventionsmaßnahmen fortführen: „Wegweiser“, „Kurve kriegen“, „klar-kommen!“. Es ist gut, dass Sie das machen.

Das wurde von den damaligen Oppositionsfraktionen immer als rot-grüne Spielwiese abgetan. „Wegweiser“ wurde heftigst und vernichtend kritisiert. Ich finde es gut, Herr Reul, dass Sie auf Prävention setzen. Denn wir brauchen beides,

(Zuruf von der CDU: Beides!)

wir brauchen die Prävention, wir brauchen die Repression. Es ist richtig, beides zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unter dem Stichwort „Prävention“ könnte man vielleicht noch die Kinderfeuerwehren anführen. Die Kinderfeuerwehren sind wichtig für die Nachwuchswerbung bei den Feuerwehren. Wir haben in der letzten Wahlperiode das Gesetz entsprechend geändert. Wir haben fraktionsübergreifend viel gemacht, um die Kinderfeuerwehren zu stärken.

Angesichts dessen ist es schon komisch, Herr Reul, wenn Sie erklären, dass Sie 1,8 Millionen € im Haushaltsplanentwurf gestrichen haben, und uns dann im Ausschuss sagen: Na ja, das ist irgendwie so passiert, aber eigentlich wäre es schön, wenn das Geld wieder eingestellt würde.

Ja, ich fände es auch schön, wenn wir das Geld wieder einstellen würden. Dazu wird Ihnen nachher noch ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen zugehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir es schaffen würden, durch die demokratischen Fraktionen einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Erhöhung der Mittel für die Kinderfeuerwehren einzubringen und in der dritten Lesung zu beschließen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Ausschuss habe ich schon gesagt, dass, wenn man sich den Einzelplan 03 anschaut, man den Eindruck bekommt, dass er von Visionslosigkeit gezeichnet ist. Es gibt keinerlei eigene Projekte und keine Ideen in diesem Haushaltsplan. Sie setzen einzig und allein auf die Repression. Sie gehen mit markigen Worten an die Öffentlichkeit, Stichwort „Silvesternacht“.

(Daniel Sieveke [CDU]: Wir setzen auf den Rechtsstaat! Gregor Golland [CDU]: Wir setzen das Recht durch!)

Das ist genau das, was Sie eigentlich vermeiden wollten, Herr Reul. Sie machen es aber trotzdem.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Sie unterlegen das im Haushalt mit Mitteln für Videokameras, für Bodycams.

(Beifall von der CDU)

– Ja, dazu kann man jetzt klatschen. Das gestehe ich Ihnen zu. Das ist überhaupt keine Frage. Aber sehen wir uns das doch noch einmal an: Bodycams gibt es schon längst. Das haben wir von Rot-Grün gemacht.

(Henning Rehbaum [CDU]: Widerwillig! – Zuruf von der CDU: Zum Jagen getragen!)

Dazu sollte es eine Evaluation geben.

(Zuruf: Jawohl!)

Ich finde es richtig, dass man bei der Einführung neuer Instrumente zuerst einmal wissenschaftlich schaut, ob sie überhaupt etwas bringen, bevor man anfängt, Geld in die Hand zu nehmen und es in die Fläche zu treiben.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Das Gleiche gilt für die Videokameras. Ich bin gar nicht per se gegen Videokameras. In Düsseldorf und Mönchengladbach funktioniert es.

(Zurufe von der CDU)

Wir waren es, die das ausgeweitet haben: auf Köln, Aachen und Duisburg.

(Zurufe von der CDU)

Aber Sie wollen das Gesetz jetzt so verändern, dass man im Prinzip überall Kameras aufhängen kann,

(Zurufe von der CDU – Glocke)

und stellen das Geld in den Haushalt ein. Das finde ich falsch. Sie gaukeln den Bürgerinnen und Bürger eine Sicherheit vor, die Sie letztendlich nicht einlösen können. Das ist einfach eine Politik, die man nicht macht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Sie ist unredlich, und ich finde sie falsch.

Noch eines zum Schluss: Ich habe mich sehr über die Einsicht des Innenministeriums bezüglich der Taser gefreut. Ich habe einmal nachgefragt, wofür das Geld jetzt so verplant wird und ob die Taser mit dabei sind. Sehr schön war die schriftliche Antwort, die ich vom Innenministerium bekommen habe.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Jetzt wird zuerst einmal die Sinnhaftigkeit des Einsatzes von Tasern im Streifendienst geprüft. Ich finde diese Einsicht, dass man das zuerst einmal überprüfen will, sehr schön.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Bisher haben Sie es immer gefordert, ohne zu prüfen, ob es überhaupt sinnvoll ist. Vielen Dank dafür an das Innenministerium.

(Gregor Golland [CDU]: Das steht im Koalitionsvertrag!)

Es ist ein schönes Weihnachtsgeschenk für mich, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin, die Redezeit.

(Zurufe von der CDU)

**Verena Schäffer** (GRÜNE): ... dass Sie erst einmal über die Sinnhaftigkeit nachdenken. Machen Sie weiter so. Hinterfragen Sie das, was Sie angekündigt haben. Ich glaube, dann sind Sie auf einem guten Weg. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. Sie haben die Redezeit jetzt wirklich massiv überzogen. Es sei der vorweihnachtlichen guten Stimmung geschuldet. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

**Marc Lürbke** (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schäffer, ich nenne drei Punkte zu Beginn:

Sie haben gesagt, eine Haushaltsdebatte sei immer ein Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen. – Mit der Bilanz im Rücken, die Rot-Grün hier in den letzten Jahren mit der Silvesternacht und mit einer unglaublichen Pannenserie präsentiert hat, wäre ich sehr vorsichtig damit, hier vollmundige Töne zu spucken. Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann sagen Sie, dass dieser Minister in den bisherigen Monaten seiner Amtszeit nur schöne Bilder produziert habe. – Wir haben hier in den letzten Jahren einen Innenminister der SPD erlebt, der an keiner einzigen Kamera vorbeigehen konnte

(Monika Düker [GRÜNE]: Darin eifern Sie ihm aber nach!)

und Aktionismus pur vorgelebt hat. Als Beispiel nenne ich nur den Blitzermarathon. Auch diese Kritik geht also völlig ins Leere.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Der dritte Punkt lautet „Prävention – Repression“. – Ja, wir haben „Wegweiser“ kritisiert, weil es in der Ausgestaltung von Rot-Grün eben nicht wirklich funktioniert hat. Wir satteln jetzt auf. Wir verstärken das Programm. Wir machen es besser, damit es dann auch funktioniert. Sie haben immer nur einseitig auf Prävention gesetzt und die Repression vollkommen vergessen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Monika Düker [GRÜNE]: Das ist Schwachsinn!)

Diese bringen wir jetzt auch ins Spiel. Das muss zusammen funktionieren. Das ist die Rechtsstaatlichkeit, die Nordrhein-Westfalen an der Stelle gefehlt hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: Glauben Sie diese Märchen eigentlich, die Sie da erzählen?)

Das vorweg.

Jetzt zum Haushalt: Es ist der erste Gestaltungshaushalt der NRW-Koalition. Ich kann nur sagen, wenn man sich ihn anschaut, dann kommt man zu dem Ergebnis, dieser dringend notwendige Neustart bei der inneren Sicherheit ist geglückt, weil – Herr Kollege Katzidis hat es gesagt – innere Sicherheit für uns Priorität hat. Das zeigt auch dieser Haushalt.

Mit einem Umfang von 5,5 Milliarden € übertrifft der heute zur Abstimmung stehende Innenhaushalt die Investitionen in diesem Jahr einschließlich des umfangreichen Nachtragshaushalts um 170 Millionen €. Es ist mehr als Rot-Grün in sieben Regierungsjahren geschafft hat. Das zeigt, dass wir nicht nur reden, sondern eben auch handeln und ganz konsequent, planungssicher und verlässlich die innere Sicherheit verstärken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Ganzke oder Frau Schäffer, Sie sagen, die 2.300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter hätte jeder andere auch eingestellt. – Ja, das haben Sie aber nicht gemacht, sondern das haben wir gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Unterschied dabei ist, wir machen das planungssicher.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir haben das vorher gefordert und Sie später!)

Es geht um mindestens 2.300 Anwärterinnen und Anwärter mindestens bis 2022. Es wird eben nicht jedes Jahr wieder gesagt: Ach, uns fehlen wieder ein paar Polizisten. Müssen wir hier noch einmal nachbessern oder nicht? – Bei uns gibt es eine klare Grundlage. Wir machen das konsequent und verlässlich zur Stärkung der inneren Sicherheit. Wir bringen damit in dieser Legislaturperiode endlich wieder mehr Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen auf die Straße. Das ist auch dringend notwendig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Lürbke, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Kollegin Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Marc Lürbke** (FDP): Aber unbedingt!

**Monika Düker** (GRÜNE): Danke, Herr Lürbke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Zu diesen ominösen 2.300 Einstellungsermächtigungen: Warum hat es weder im Wahlprogramm der CDU noch bei Ihnen gestanden, wenn das so selbstverständlich für Sie war und Sie es immer schon gefordert haben?

**Marc Lürbke** (FDP): Das stimmt ja nicht. Es steht ja drin. Das hätten Sie nachlesen können.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Das ist ja die Maßgabe dessen, was möglich ist. Das läuft jetzt ins Leere; denn wir haben uns immer konsequent in die Richtung 2.300 geäußert. Wir haben gesagt, wir bilden das aus, was möglich ist. Das ist nun einmal die Größenordnung – und das wissen Sie auch –,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie können mehr ausbilden! Das stimmt nicht!)

bei der wir uns momentan am Machbaren bewegen. Deswegen sprechen wir von „mindestens“. Wenn noch mehr möglich ist, würden wir das auch beraten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber wir machen nicht nur das Eine. Wir verstärken nicht nur, sondern wir entlasten endlich auch. Bei Ihnen ist jahrelang nur darüber gesprochen worden, man müsse endlich einmal eine Aufgabenkritik durchführen und stärker entlasten. Diesen Punkt setzen wir jetzt um. Damit das funktioniert, schaffen wir auch an anderer Stelle Verstärkungen, nämlich durch Regierungsbeschäftigte im Polizeidienst. In diesem Jahr sind das 500 Angestellte, damit das Motto „Fahnden statt Verwalten“ endlich auch in Nordrhein-Westfalen Realität wird. Das setzen wir nun um.

Das Gleiche gilt für die Ausrüstung. 47 Millionen € zusätzlich stehen bereit, um die Ausrüstung auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Das ist genau der Punkt. Wenn wir diejenigen unterstützen wollen, die tagtäglich auf der Straße den Kopf für die Bewahrung des Rechtsstaats hinhalten, dann ist es genau der richtige Weg, an der Stelle zu unterstützen.

Das machen wir nicht nur mit der Ausrüstung so, sondern auch mit dem Nachwuchs. Herr Kollege Katzidis hat die Verstärkung für das IdF, die Feuerwehr, angesprochen.

Natürlich ist die Feuerwehr für uns auch ein sehr wichtiger Bereich. So, wie es die SPD gemacht hat, geht aber eben nicht – mit einem Änderungsantrag, idealerweise auch noch ohne Gegenfinanzierung. Die Gegenfinanzierung haben Sie nämlich getrost vergessen. Wir haben uns aber schon darüber verständigt. Ich habe auch große Sympathie dafür und finde, dass man in diesem Bereich noch etwas ma-

chen sollte. Ich hoffe, dass man im Rahmen der dritten Lesung hier noch zu einer Verständigung kommen wird. Schließlich müssen wir das Ehrenamt bei den Feuerwehren und den Kinderfeuerwehren fördern und verstärken. Das ist doch völlig klar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unter dem Strich lässt sich auch für diesen Einzelplan feststellen: Wir als NRW-Koalition gestalten unser Land sicherer, moderner, chancenreicher und betreiben gleichzeitig eine seriöse Haushaltspolitik. Daher werbe ich um Zustimmung zum vorliegenden Innen-Haushalt. Das ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

**Markus Wagner** (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben gerade in den letzten Tagen und Wochen viel Kritik auf sich gezogen – mal zu Recht, mal zu Unrecht. An zwei Stellen will ich Ihnen dabei als Oppositionspolitiker den Rücken stärken.

Sie haben den Richtern und Staatsanwälten angeraten, einmal eine Schicht bei einer Polizeistreife mitzumachen, damit sie wissen, was los ist, und es nicht immer zu diesen Urteilen – oder besser: Nicht-Urteilen – kommt, die kaum noch ein Bürger versteht. Der freiheitliche Rechtsstaat lebt nämlich auch von der Akzeptanz durch den Bürger, in dessen Namen – im Namen des Volkes – die Urteile gesprochen werden.

Frau Schäffer, Sie und die Grünen mögen für Kuscheljustiz stehen. Die übergroße Mehrheit der Menschen hat dafür allerdings kein Verständnis und will das zu Recht nicht.

(Beifall von der AfD)

Ein solcher Hinweis an die Richter, doch einmal den Alltag von Polizisten eine Schicht lang zu begleiten, greift ganz sicher nicht in die richterliche Unabhängigkeit ein. Ich kann die Kritik am Minister hier also wirklich nicht nachvollziehen.

Der zweite Punkt, in dem ich Ihnen recht gebe, Herr Minister, betrifft die Abschiebung nach Syrien. Natürlich muss es da jetzt endlich losgehen. Es muss zügig geprüft werden, in welche Gebiete insbesondere Straftäter und Gefährder abgeschoben werden können. Wenn Syrer, die hier im Land als Flüchtlinge gelten, dorthin auf Heimaturlaub fahren: Was sollte sie daran hindern, dort damit zu beginnen, ihr Land wieder aufzubauen?

(Beifall von der AfD)

Ich bin sehr dafür, dass wir die Menschen vor Ort dabei unterstützen, auch finanziell. Klar ist aber auch, dass bei Wegfall des Fluchtgrundes auch der Grund für den Aufenthalt und die Vollversorgung hier bei uns wegfällt. Für Kriminelle und Gefährder muss das in ganz besonderem Maße gelten.

Dass der Integrationsminister von der FDP, den die „FAZ“ schon als „sozialliberal“ tituliert, das anders sieht, ist schlimm genug. Ich kann nur sagen: Herr Laschet, stellen Sie sich vor Ihren Innenminister!

(Beifall von der AfD)

Leider gibt es aber – Sie werden es erwartet haben – auch einiges, was tatsächlich der Kritik bedarf. Ich kann gleich an das vorher Gesagte anknüpfen; denn bei ihrer Aufgabe, ausländische Straftäter abzuschieben, hat sich die Landesregierung massiv im Schwerpunkt vertan. Es geht hier um Abschiebung, nicht um Aufgabe derselben. Schon jetzt zeigt sich deutlich, dass der Integrationsminister von der FDP dafür nicht der richtige Mann ist. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Landesregierung den Geschäftsverteilungsplan wieder klassisch anwenden würde; denn Abschiebungen sind eine Sache des Innenministeriums.

(Beifall von der AfD)

Das wäre ein erstes Signal; denn natürlich reicht eine Veränderung der Ressortverantwortung nicht aus. Wesentlich ist, dass man auch abschieben will. Wesentlich ist, dass man ausländische Kriminelle eben nicht hier duldet. Wesentlich ist, dass man endlich anfängt, die vollziehbar Ausreisepflichtigen, die hier auf unsere Kosten leben und von denen einige auch noch Straftaten begehen, endlich abzuschieben. Machen Sie also endlich Ihren Job!

(Beifall von der AfD)

„Machen Sie endlich Ihren Job“ gilt auch für Köln, Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund und, und, und. Nachdem Sie im Bund für den totalen Kontrollverlust gesorgt haben, haben wir nun Kontrollverluste in den Städten in Nordrhein-Westfalen. Das Schlimme ist, dass wir es dann immer mit Symptombekämpfung zu tun haben. Ständig muss die Polizei personell verstärkt werden. Das ist keine Stärkung der inneren Sicherheit, Herr Lürbke, sondern eine Bekämpfung der Symptome, die durch Berlin angeordnet worden sind. Es ist also nur deshalb notwendig, weil Sie die Probleme nicht an der Wurzel packen.

Deswegen, aber auch ob der hohen Durchfall- und Abbrecherquote von 12 % unter den Polizeianwärtinnen, sind die geplanten 2.300 Polizeianwärterstellen zu wenig. Davon werden am Ende ja gerade einmal 2.000 auf die Straße kommen. Hier fehlt also die Schaffung weiterer 350 Einstellungs- bzw. Ausbildungsmöglichkeiten, die schon alleine notwendig sind, um die Abbrecherquote auszugleichen.

Ebenso haben Sie sich leider des Beförderungsstaus bei der Polizei nicht ausreichend angenommen.

Auch unser Antrag auf 100 € mehr monatlich für die Bereitschaftspolizei fand leider selbst im Advent kein Gehör.

Lieber Herr Reul, das Weihnachtsfest steht vor der Tür, und der Jahreswechsel naht. Mit knapp 6.000 Mann soll, ja muss diese Silvesternacht gesichert werden. Ich habe gehört, dass Sie in diesem Jahr Silvester erstmalig nicht mit der Familie verbringen, sondern bei der Truppe. Dafür meinen Respekt und meine Anerkennung! Möglicherweise denken Sie an diesem Abend einmal darüber nach, warum wir mittlerweile an Silvester so viele Einsatzkräfte benötigen und warum Sie den Jahreswechsel nicht im Kreis Ihrer Familie verbringen können. – Herr Katzidis, da helfen auch elektronische Notizzettel herzlich wenig.

(Beifall von der AfD)

Vielleicht denken Sie dann an Ihre Parteivorsitzende, Frau Angela Merkel. – Ihnen daher ein frohes Fest und trotz aller Widrigkeiten einen guten Rutsch!

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt spricht für die Landesregierung der zuständige Minister, Herr Reul.

**Herbert Reul,** Minister des Innern: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nun habe ich heute gehört, ich hätte eigentlich nichts mehr zu sagen. Aber auch die vereinigten Oppositionskräfte sind dafür, dass wir Videokameras und Bodycams anschaffen. Dass wir uns um mehr Stellen kümmern und dass die Fachhochschule ausgebaut werden soll, finden Sie auch toll. Dass der Verfassungsschutz ausgebaut wird, finden Sie gut. Dass die Prävention ausgebaut wird, begrüßen Sie ebenfalls.

Was finden Sie eigentlich nicht gut? Warum stimmen Sie eigentlich nicht dem Haushalt zu?

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Wenn alles, was im Haushalt steht, richtig ist, wenn Sie damit kein Problem haben

(Helmut Seifen [AfD]: Unser Antrag!)

und wenn Sie es toll finden, dass ich die Präventionsprogramme fortsetze, dann fände ich es auch toll, wenn Sie zustimmen würden. Denn das ist der zentrale Punkt. Es geht darum, ob wir die Kraft haben, bei einem so wichtigen Projekt wie der Sicherheit nicht kleinkariert zu streiten, sondern Kräfte zu bündeln, um für die Bürger mehr Sicherheit in diesem Land zu organisieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)



Meine Bitte bleibt, dabei behilflich zu sein. Das heißt nicht, dass man in allen Fragen einer Meinung sein muss. Das wäre ja auch komisch.

(Frank Müller [SPD]: Dann muss man aber auch alle beteiligen!)

Wir werden uns im nächsten Jahr, wenn es um Gesetzgebungsmaßnahmen geht, bestimmt noch streiten. Damit habe ich auch kein Problem. Aber bei diesem Haushalt, bei dem es um Verbesserungen bei der Sach- und Personalausstattung geht – bisher habe ich keine Kritik daran gehört; heute haben Sie gesagt: alles in Ordnung, alles gut –, würde ich mir wirklich wünschen, dass Sie zustimmen würden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Einen kleinen Zusatz noch zu der Sicherheitspartnerschaft: Wenn Sie meine Aussagen dazu gehört haben, wissen Sie, dass ich nie behauptet habe, dass wir damit das Thema „innere Sicherheit“ retten. Das habe ich nie behauptet.

Vielmehr ist das ein Mosaikstein, um zu helfen, die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Natürlich kann auch jeder vorher schon die Nummer 110 anrufen. Das ist vollkommen klar und nichts Neues.

Aber es machen zu wenige. Wir haben zu wenig Bereitschaft in der Bürgerschaft, die Augen aufzuhalten. Wir haben zu wenig Bereitschaft, sich mit einzubringen und zu helfen. Diese Kampagne ist schlicht und einfach der Versuch, diejenigen, die professionell von morgens bis abends auf der Straße unterwegs sind, zu bitten, uns ihre Aufmerksamkeit zu schenken und dabei zu helfen – nicht mehr und nicht weniger. Ich bin sicher, dass das funktionieren wird. Das ist nicht der Garant für mehr Sicherheit. Aber es ist ein Beitrag, ein Schritt, und es bindet einen Teil der Bürgerschaft ein.

Um noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: 2.300 Polizisten, 500 Verwaltungsangestellte und 111 Personen in der Fachhochschule werden neu eingestellt; 350 kw-Stellen werden abgeschafft. So schlecht ist das doch auch nicht. Sie haben es auch als gut bezeichnet. Für mich wäre die Konsequenz allerdings, dann nicht nur „gut“ zu sagen, sondern auch entsprechend zu handeln und mitzumachen. Das wäre konsequent.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Vincentz, lassen Sie es meine Sorge sein, ob ich unzufrieden bin, weil ich zu wenig zu sagen habe. Ich kann Ihnen sagen, dass ich von morgens bis abends reichlich zu tun habe.

Die zentrale politische Botschaft dieser Veränderungen der Zuständigkeiten ist, dass man die Zuständigkeit dorthin gibt, wo man sie möglichst effektiv orga-

nisieren kann, also die Zusammenhänge dort herstellt, wo sie hingehören, und die Konzentration dort schafft, wo sie benötigt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass man sich um die innere Sicherheit mit Polizei, Rettungswesen, Feuerwehr und Verfassungsschutz voll und ganz kümmert, macht Sinn. Dass man dann nicht noch mit anderen Themen befasst ist, ist klug und vernünftig. Nach fünf Jahren werden Sie sehen: Das hat der Sache gedient. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu den Abstimmungen.

Wir haben zu diesem Einzelplan zwei Abstimmungen vorzunehmen. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1543 und danach über den Einzelplan 03 ab.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 17/1543. Die antragstellende Fraktion der AfD hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über ihren Änderungsantrag beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Wir haben heute eine Premiere – deshalb bitte ich um besondere Konzentration –; denn Frau Kollegin Müller-Rech hat heute zum ersten Mal den Namensaufruf zu vollziehen. Ich bitte um Konzentration und eine gewisse Ruhe, damit wir hier oben auch hören, was Sie sagen.

Ich bitte nun Frau Kollegin Müller-Rech, zur Verlesung der Namen zu schreiten. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben alle ihre Stimme abgegeben? Gibt es noch Nachmeldungen?

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Gibt es weitere Nachmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Kollegen, jetzt die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es kommt jetzt zu großen Überraschungen, wie sich

viele denken können. Ihre Stimme abgegeben haben 195 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 13 Kolleginnen und Kollegen. Mit Nein stimmten 179 Kolleginnen und Kollegen. Drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1543** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03. Ich will nicht daran erinnern, dass das immer eine historische Abstimmung hier im Hohen Hause war. Das war nämlich nicht so. Aber einmal war es historisch. Das ist jetzt gut fünf Jahre her. Am 14. März 2012 war dieses festliche Ereignis hier zu erleben. Damals fand der Einzelplan 03 keine Mehrheit. Manche erinnern sich noch daran, was dann kam.

Nun aber stimmen wir über den Einzelplan 03 ab. Ich gehe davon aus, dass alles prima von den Fraktionen organisiert ist. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1503, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Hiermit kommen wir zur Abstimmung über diese Beschlussempfehlung.

Wer stimmt dem Einzelplan 03 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Das tun CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltungen der drei fraktionslosen Abgeordneten, die wir natürlich namentlich einzeln aufzählen, ist der **Einzelplan 03** ganz eindeutig mit der Mehrheit des Hohen Hauses **in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft**

- a) Kultur**
- b) Wissenschaft**
- c) Weiterbildung**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1506

Nunmehr kommen wir zur Aussprache zum Teilbereich

#### **a) Kultur**

Dazu eröffne ich die Aussprache. Für die SPD-Fraktion ergreift hier am Pult Herr Kollege Bialas das Wort. Bitte schön, Herr Bialas.

**Andreas Bialas** (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag haben Sie

einen durchaus beachtlichen Kulturteil vorgelegt. Sie haben in diesem Vertrag eine Erhöhung verabredet und den ersten Schritt nun im ersten vorgelegten Haushalt auch vollzogen.

Mir ist klar, dass in den Haushaltsberatungen nicht allzu viel und nicht zwingend seitens der Opposition gelobt wird. Stellen Sie sich trotzdem kurz darauf ein. Denn die finanzielle Erhöhung des Kulturetats verdient Anerkennung.

Derzeit sind diese 20 Millionen € mehr in einem ansonsten weitestgehend überrollten Haushalt allerdings recht luftig und ohne konkreten Plan in den Haushalt eingeführt. Wir hoffen daher auf eine baldige Konkretisierung. Denn natürlich kommt es auf mehr Geld an. Aber bei einem Haushalt kommt es auch auf die Konkretisierung an. Dabei geht es wiederum im Wesentlichen um eine entsprechende Haltung. Diese ist noch nicht zu erkennen. Da ist derzeit noch sehr viel Nebel. Dieser sollte sich auch bald lichten.

Dennoch haben Sie im Bereich Kultur – das sage ich ganz ausdrücklich – zunächst unser Vertrauen verdient. Denn viele der zusätzlichen Gelder werden wohl in den nächsten Theater- und Orchesterpakt fließen. Auch uns ist es hier wichtiger, dass gründlich gedacht, gründlich verhandelt und gründlich geplant wird, als dass schnellstmöglich eine untaugliche Variante aus der Taufe gehoben wird.

Vermutlich wird von dieser Stelle aus aber gleich auch das Hohelied der neuen Ausrichtung der Kulturpolitik gesungen werden. Daher lassen Sie mich kurz einige Punkte ansprechen.

Die vergangenen Jahre haben in der NRW-Kulturpolitik – neben allen zu kritisierenden Punkten, gerade auch aufgrund einer gewissen Verzagtheit – sehr positive, sehr wichtige und auch sehr entscheidende Punkte gebracht: Dialog, Partizipation, Planung. Wir haben die Kulturförderung, um es kurz zu sagen, weiter demokratisiert. Das war ein großer Schritt. Im Kulturfördergesetz haben wir unsere Grundüberzeugungen niedergelegt. Ja, das hätte ruhig deutlich mehr Geld vertragen können.

Sie geben nun Geld, wir wissen nur noch nicht, wohin und vor allem nach welchen Vergabekriterien. Wir kennen eben noch nicht Ihre Haltung. Ist es Kultur für 5 % der Bevölkerung oder Kultur mit dem Anspruch für alle? Ist es ein einsames, feudales Gewähren von Mitteln, wie wir es bereits erlebt haben, oder ein gemeinsamer Prozess des Aushandelns?

Werden wir konkreter: Was sind beispielsweise die Kriterien des Theater- und Orchesterpaktes – die strukturellen finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen und eine faire, stetige Tarifentwicklung der Beschäftigten oder eine wie auch immer definierte Qualität der Häuser? Was entscheidet also hier über die Mittelvergabe?